

Bürgerinitiative zur Förderung des Naturschutzes und der Heimatpflege Holzhausen/Hünstein und Umgebung e.V.

BI Holzhausen, Grabenheckerstr. 9, 35232 Dautphetal

An alle
Geschäftsstellen des Kreistages
im Landkreis Mbg.-Biedenk.
Im Lichtenholz 60
35043 Marburg



Dautphetal Holzhausen, 23.10.2012

Petition

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Kundgebung unserer Bürgerinitiative am 13. 10. in unserem Dorf überreichten wir Landrat Fischbach beiliegende Petition mit der Bitte, diese an entsprechende Stellen im Landkreis sowie an die zuständigen politischen und administrativen Gremien der Hess. Landesregierung zur Kenntnisnahme und Stellungnahme weiterzuleiten.

Nach dem Verlesen der Petition, die vielfach von positiven Beifallsbekundungen unterbrochen wurde, erfahren wir, dass Landrat Fischbach nicht die Notwendigkeit sieht, diese an o. g. Stellen weiter zu leiten. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen unser Anliegen selbst vortragen und hoffen, dass Sie nach inhaltlicher Bewertung unsere Forderungen nachvollziehen können.

Bitte nehmen Sie unsere Sorgen und Befürchtungen im Zusammenhang mit dem geplanten Windradbau ernst. Bisher wurden wir noch von keiner institutionellen Stelle davon überzeugt, dass dieses Vorhaben unproblematisch ist. Auch wollen wir keine gerichtliche Auseinandersetzung, sondern sehen die eingeleiteten Schritte eher als Notwehrmaßnahme. Hier wird über die Köpfe betroffener Bürger hinweg geplant. Intransparenz, Ungerechtigkeit und Unfairness bestimmen nach wie vor in unserem Umfeld den Ablauf dieser Windenergieplanung. Der soziale Unfriede einer Region – Feindseligkeiten zwischen den Dörfern und innerhalb der Dörfer - wird bewusst in Kauf genommen.

Symptomatisch für den derzeitigen Zustand ist die heutige Mail des Bürgermeisters Bad Endbach: „ich bitte sie freundlich, in Anbetracht des schwebenden Gerichtsverfahrens, sich über Ihren Rechtsbeistand an den unseren zu wenden. Weiterhin bitte ich um Verständnis, dass ich mich Ihnen gegenüber inhaltlich nicht äußere.“ Politische Abschottung scheint an dieser Stelle die beste und einfachere Variante zu sein. Die Bürger Holzhausens haben sich anzupassen und sollen die Lasten tragen, die die Nachbargemeinde Bad Endbach ihnen aufbürdet.

Unsere 1300 Mitglieder zählende Bürgerinitiative in unserer ca. 1900 Einwohner zählenden Gemeinde ist tief betroffen und fühlt sich ungerecht behandelt.

Wir bitten um Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichem Gruß

BI-Vorstand

Vereinsregister Marburg, Nr. 4952 – Vorsitzender: Reinhold Leinweber - Grabenheckerstraße 9 - 35232 Dautphetal

e-Mail: info@bi-holzhausen.de - Internet: www.bi-holzhausen.de

Spendenkonto VR Bank Biedenkopf-Gladenbach: Konto Nr. 46084004; BLZ 517 624 34

Spendenkonto Sparkasse Marburg-Biedenkopf: Konto Nr. 128000984; BLZ 533 500 00

**Bürgerinitiative zur Förderung des Naturschutzes und der Heimatpflege
Holzhausen/Hünstein und Umgebung e.V.**

Herrn
Landrat
Robert Fischbach
Im Lichtenholz 60
35043 Marburg

Holzhausen, 13. Oktober 2012

)

**Eingabe zur Planung und Umsetzung der Energiewende
im Landkreis Marburg-Biedenkopf**

Sehr geehrter Herr Landrat Fischbach,

verstärkt durch die Ereignisse in Fukushima im März 2011 hat in Deutschland ein über-eifriger Aktionismus bei erneuerbaren Energien eingesetzt, zudem noch beschleunigt durch die alimentierende, Markt verzerrende Regelung zur Einspeisevergütung.

Geprägt ist diese fragwürdige Form der Energiewende durch viele unkoordinierte Projekte Einzelner. Ein ganzheitliches, nachhaltiges Konzept auf Bundes- und Länderebene gibt es nicht und wird nach derzeitigem Stand wohl noch lange auf sich warten lassen. So hinkt z. B. der zwingend notwendige Ausbau der Infrastruktur noch auf Jahre hinterher.

Selbst Bundespolitiker wie Umweltminister Altmeier haben inzwischen erhebliche Zweifel am Gelingen dieser Energiewende und warnen vor Überkapazitäten bei der regenerativen Stromproduktion und der finanziellen Überlastung der Bürger und Unternehmen. Der Umweltminister selbst sieht den Wald als Standort für Windenergieanlagen (WEA) als ungeeignet an, und stellt den Schutz von Mensch und Natur verstärkt in den Vordergrund.

Windkraft ist stark witterungsabhängig und ohne Speichermöglichkeit. Die Energieausbeute verpufft z. T. und dient nur beschränkt der Sicherstellung der Grundlast. Hinzu kommt, und das ist besonders bedenklich, dass von Politikern und den Herstellern / Betreibern die negativen Auswirkungen von Windenergieanlagen auf die Gesundheit der betroffenen Menschen und die immense Beeinträchtigung von Natur und Landschaft heruntergespielt werden.

Nicht nur die ungenügende Einbindung der Bevölkerung bei Planung und Umsetzung der Energiewende ist mehr als kritikwürdig, sondern auch die Feststellung, dass der sich aufbauende Widerstand in der Bevölkerung übergangen wird.

Bürgerinitiative zur Förderung des Naturschutzes und der Heimatpflege Holzhausen/Hünstein und Umgebung e.V.

Nicht wegzudiskutieren sind die sich aus dieser Fehlentwicklung offensichtlich ergebenden gravierenden Folgen wie:

- Ungeordneter Wildwuchs von WEA an ungeeigneten Standorten (Waldgebiete) mit mehr als zweifelhafter Effizienz und Ökonomie.
- Fragwürdiges Profitstreben begünstigt durch Subventionshype.
- Zerstörung von natürlichen, ökologisch wertvollen Lebensräumen und Gefährdung geschützter Tier- und Pflanzenarten.
- Eingriff in den für den Menschen so wichtigen Erholungsraum Wald.
- Gravierende Veränderung des Landschaftsbildes und Zerstörung der wertvollen, historisch gewachsenen Kulturlandschaft.
- Starke Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen in der Einflusszone von WEA mit wahrscheinlichen gesundheitsschädlichen Auswirkungen.
- Drastisch steigende Energiepreise über höhere EEG-Umlage bei gleichzeitig einseitiger Belastung der privaten Verbraucher durch Entlastung der Industrie (soziale Schieflage).
- Durch die Schaffung von Konzentrationszonen (Hilsberg u. a.) krass einseitige Benachteiligung der betroffenen Dörfer und Menschen.
- Entwertung betroffener Immobilien (Grundstock der Altersversorgung).
- Beschleunigung der negativen demographischen Entwicklung (Wegzug der jüngeren Bevölkerung, kein Zuzug), Verödung der z. T. sehr alten Orte und Auflösung der sozialen, gesellschaftlichen Strukturen (z. B. Vereinsleben, Ehrenamt).
Verschärfung des Fachkräftemangels und Verlagerung von Unternehmensstandorten in attraktivere Regionen.

Die vorgenannten negativen Entwicklungen und Probleme treffen insbesondere auf die geplanten Standorte Hilsberg, Herrnwald, Allberg, Dusenbergl / Streichenberg und weitere zu. Dies ist so nicht hinnehmbar und löst folgende wesentliche Forderungen aus:

- **Schutz des Ökosystems Wald: Keine WEA in Laub- / Mischwäldern !**
- **Schutz des Menschen: Keine Mega-WEA näher als 2.000 m zur Wohnbebauung !**
- **Keine Umzingelung von Ortschaften !**
- **Keine Grenzbebauung ohne zustimmende Mitwirkung der Bürger !**
- **Öffentliche Fürsorgepflicht für den Menschen: Unabhängige Untersuchung der beeinträchtigenden Wirkung von WEA – und zwar vor Baubeginn !**
- **Schutz unserer Immobilien vor Entwertung, sowie Preisstabilität des volkswirtschaftlich existenziellen Gutes „Strom“!**
- **Erhalt unserer Dörfer und Schonung der gewachsenen Strukturen !**

**Bürgerinitiative zur Förderung des Naturschutzes und der Heimatpflege
Holzhausen/Hünstein und Umgebung e.V.**

Das bedeutet: Bis zur Klärung und Sicherung unserer berechtigten Ansprüche, KEIN BAU VON WEA wie jetzt geplant !

Sehr geehrter Herr Landrat, bitte nehmen Sie die begründeten Sorgen und Ängste der Bürger in Ihrem Landkreis, der Einwohner Ihres Heimatdorfes und zuletzt in großer Zahl Ihre Wähler ernst ! Ihre wichtigste Verantwortung ist der Schutz der Menschen !

Gerade die Bedeutung des Waldes als Erholungsraum für den Menschen haben Sie bei einem aktuellen Anlass besonders hervorgehoben.

Die Problematik der Grenzbebauung und die ungerechte, krass einseitige Verteilung von Nutzen und Lasten wurde jüngst von RP Dr. Wittek anlässlich einer Informationsveranstaltung in Marburg am Beispiel Hilsberg als nicht hinnehmbar bezeichnet.

So kritisieren wir aufs Schärfste die intransparente Vorgehensweise beim Zielabweichungsverfahren zum Hilsberg, das auf nicht nachvollziehbaren Grundlagen zur Umwidmung einer vormaligen Ausschlussfläche nun zu einer Vorrangfläche für WEA geführt hat. Dabei wurden zuvor geltende Naturschutzkriterien politisch gewillkürt einfach außer Kraft gesetzt.

Folglich ist die Genehmigung des Hilsberg-Windparks zu verweigern und der vormals gültige Zustand mit seinen Schwerpunkten wieder herzustellen !

Während der Mediationsgespräche haben sowohl Sie als auch RP Dr. Witteck betont, dass die Einkesselung von Ortschaften durch WEA zu vermeiden ist.

Daher verlangen wir, die nun von der Stadt Gladenbach für den Teil-Regionalplan angemeldeten Vorrangflächen in den Bereichen oberhalb des Herrnwalds und Allberg an der Gemarkungsgrenze zu Holzhausen abzulehnen.

Dies gilt auch für die von der Gemeinde Dautphetal gemeldeten Flächen am Dusenberg und Streichenberg in der Gemarkung Herzhausen und alle potenziellen Flächen, die das Ausschlusskriterium „Umzingelung“ erfüllen !

Zudem müssen die hier genannten Problemfelder und Kritikpunkte, sowie die sich daraus ergebenden Forderungen unbedingt im zur Verabschiedung anstehenden Landesentwicklungsplan Berücksichtigung finden !

Die Verfolgung eines überehrgeizigen politischen Zieles – wenn auch in guter Absicht – unter Verletzung elementarer Interessen der Menschen wird so mangels Akzeptanz bei großen Teilen der Bevölkerung nicht gelingen, sondern für großen Unfrieden sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Der BI-Vorstand